

N i e d e r s c h r i f t P L B U A / I X / 0 2

Niederschrift über die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses der Gemeinde Rosendahl am 24.09.2014 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend sind:

Der Vorsitzende

Lembeck, Guido

Die Ausschussmitglieder

Deitert, Frederik

2. stellvertretender Vorsitzender

Eilmann, Dirk

Espelkott, Tobias

Gövert, Hermann-Josef

Hemker, Leo

1. stellvertretender Vorsitzender

Kreutzfeldt, Klaus-Peter

Söller, Hubert

Als Vertreter für Bernhard Wigger

Weber, Winfried

Von der Verwaltung

Niehues, Franz-Josef

Bürgermeister

Roters, Dorothea

Fachbereichsleiterin

Brodkorb, Anne

Produktverantwortliche

Wübbelt, Christoph

Produktverantwortlicher

bis TOP 11 ö.S.

Wisner-Herrmann, Sabine

Schritfführerin

Als Gäste zur Ortsbesichtigung

Tübing, Bernd

Leiter des Straßenverkehrsamtes des Kreises Coesfeld

Schenk, Stefan

Mitarbeiter des Straßenverkehrsamtes des Kreises Coesfeld

Es fehlen entschuldigt:

Die Ausschussmitglieder

Wigger, Bernhard

Beratendes Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Förster, Richard

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:30 Uhr

Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Lembeck begrüßt zum Ortstermin um 18.10 Uhr im Bereich der Straße In de Kämp/Kreuzstraße die Ausschussmitglieder, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, die erschienenen Anliegerinnen und Anlieger, Herrn Wittenberg von der Allgemeinen Zeitung Coesfeld sowie Herrn Tübing als Leiter und Herrn Schenk als Mitarbeiter des Straßenverkehrsamtes des Kreises Coesfeld. Er erklärt, dass er selbst betroffener Anlieger sei und im Folgenden lediglich den Sachverhalt darlegen werde. Bei der späteren Beratung im Rathaus werde er sich für befangen erklären und nicht an der Diskussion teilnehmen.

Der von den Anliegern gestellte Antrag habe zum Ziel gehabt, den aufgestellten Poller im östlichen Bereich der Straße in den Bebauungsplan einzutragen, um auf diese Weise dauerhaft eine Durchfahrt zu verhindern. Zudem sei die Ausweisung der derzeitigen „Tempo 30 Zone“ in einen verkehrsberuhigten Bereich gewünscht worden, um das Parken von Fahrzeugen auf der gerade 4 m breiten Fahrbahn zu verhindern, da es bereits den Fall gegeben habe, dass ein Rettungswagen nicht durchgekommen sei. Seitens der Verwaltung sei bereits erklärt worden, dass eine Eintragung des Pollers in den Bebauungsplan nur möglich sei, wenn ein Fuß- oder Radweg ausgewiesen werde.

Herr Schenk erklärt, dass bei dieser Fahrbahnbreite auch ohne Ausweisung als verkehrsberuhigte Zone keine Fahrzeuge auf der Fahrbahn parken dürften, da laut Straßenverkehrsordnung (STVO) ein Abstand von 3 m zur anderen Fahrbahnseite eingehalten werden müsse.

Einer der Anlieger teilt mit, dass er sich als einer der ersten Bauherren vor 10 Jahren für ein Grundstück hier entschieden habe, weil die Straße im Bebauungsplan als Sackgasse ausgewiesen worden sei.

Ein Test mit einem Anliegerfahrzeug (Citroen Berlingo) und dem Dienstwagen der Gemeinde Rosendahl (Opel Corsa) zeigt, dass ein Begegnungsverkehr von Fahrzeugen zwar knapp aber durchaus möglich ist.

Ausschussvorsitzender Lembeck wendet sich an Herrn Wübbelt und erklärt, dass dieser bei der Installation der Poller gesagt habe, dass diese dauerhaft installiert werden sollen.

Herr Wübbelt entgegnet, dass sich diese Aussage nur auf die Zeit der Bauphase bezogen habe. Er bietet aber an, die Poller ca. 50 m weiter östlich zu versetzen, um während des Ausbaus des dahinterliegenden Baugebietes die Durchfahrt von Baufahrzeugen und den dortigen Anliegern zu verhindern.

Ausschussvorsitzender Lembeck begrüßt anschließend um 19.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses die Ausschussmitglieder, die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie Herrn Wittenberg von der Allgemeinen Zeitung Coesfeld.

Er stellt fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 15. September 2014 form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (1. Teil)

1.1 Schaffung von Parkplätzen im Zuge des Ausbaues der Schleestraße im Ortsteil Holtwick- Frau Zimmermann

Frau Zimmermann verweist auf ein Telefonat, das sie mit Bürgermeister Niehues geführt habe. In diesem Telefonat habe er ihr zugesagt, gemeinsam mit den Anwohnern die Schaffung von Parkplätzen im Zuge des Ausbaus der Schleestraße zu klären. Nun werde heute vom Ausschuss ein Beschluss gefasst, ohne ihre Wünsche zu berücksichtigen.

Bürgermeister Niehues erklärt, dass es bei zwei Anliegerversammlungen im Vorfeld verschiedene Meinungen bezüglich der Anordnung und Anzahl der Stellplätze auf der Schleestraße gegeben habe. Allerdings sei in den Vorgesprächen auch deutlich geworden, dass es keine für alle zufriedenstellende Lösung geben werde. Daher habe es am 8. Mai 2014 einen Ortstermin gegeben, zu dem alle Anlieger und die Ausschussmitglieder eingeladen waren. Zu diesem Termin sei extra ein großer LKW mit Anhänger bestellt worden, um zu testen, ob dieser bei der von den Anliegern gewünschten Platzierung der Parkflächen die Schleestraße durchfahren könne. Das sei eindeutig nicht möglich gewesen.

In der nachfolgenden Sitzung habe er deutlich gesagt, dass die Entscheidung über den Zeitpunkt des Ausbaus vom Ausschuss getroffen werde und den Anliegern vor dem Ausbau ein entsprechend geänderter Plan zugehen werde.

Es könne offiziell keine Parkfläche direkt vor dem Haus der Familie Zimmermann angelegt werden, es spreche aber nichts dagegen, wenn bei Bedarf dennoch auf der Straße geparkt werde. Natürlich dürfe der Durchgangsverkehr nicht behindert werden.

1.2 Schotterweg gegenüber vom Grundstück Zimmermann/Schleestraße im Ortsteil Holtwick - Herr Zimmermann

Herr Zimmermann fragt, ob auf dem Schotterweg gegenüber seiner Garagen- und Grundstückszufahrt Parkplätze angelegt werden.

Dieses wird von Herrn Wübbelt bejaht.

1.3 Größe der anzulegenden Beete in der Schleestraße im Ortsteil Holtwick - Herr Niehüser

Herr Niehüser fragt, wie weit die im Rahmen des Ausbaus geplanten Beete in die Fahrbahn der Schleestraße hineinragen werden.

Herr Wübbelt antwortet, dass die Beete mit einer Tiefe von ca. 1,50 m in die Fahrbahn hineinragen werden.

1.4 Zufahrt zum Grundstück Schleestraße 11 im Ortsteil Holtwick - Herr Mönsters

Herr Mönsters erkundigt sich, ob die Zufahrt zum Grundstück Schleestraße 11 bestehen bleiben wird.

Dies wird von Herrn Wübbelt bejaht.

2 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO

2.1 Defekte Straßenbeleuchtung in Höpingen/Ortsteil Darfeld - Herr Espelkott

Ausschussmitglied Espelkott teilt mit, dass die Straßenbeleuchtung in Höpingen/Ortsteil Darfeld noch immer defekt sei. Herr Eimers habe darauf schon in einer der vorherigen Sitzungen hingewiesen.

Fachbereichsleiterin Roters sagt eine Weiterleitung zu.

2.2 Defekte L-Steine an der Querungshilfe vor dem Haus "Eissing" im Ortsteil Holtwick - Herr Hemker

Ausschussmitglied Hemker verweist auf seine Anfrage in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 2. Juli 2014, dass an der Querungshilfe der B 474 gegenüber dem „Haus Eissing“ im Ortsteil Holtwick einige L-Steine abgebrochen bzw. beschädigt seien. Hier sei noch keine Abhilfe geschaffen worden.

Fachbereichsleiterin Roters erklärt, dass vom Landesbetrieb Straßen.NRW schon im Juli telefonisch mitgeteilt wurde, dass ein Reparaturauftrag erteilt sei. Sie werde eine Prüfung veranlassen.

2.3 Beschilderung der Radwege an der Midlicher - und Holtwicker Straße im Ortsteil Osterwick - Herr Hemker

Ausschussmitglied Hemker verweist auf seine bereits in der vorherigen Sitzung gestellten Anfragen zur Beschilderung der Radwege an der Holtwicker Straße und an der Midlicher Straße.

An der Holtwicker Straße fehle in Fahrtrichtung Osterwick im Bereich der Einmündung Hermann-Löns-Weg ein Schild, das das Ende des Radweges kennzeichne. Radfahrer würden daher weiter auf dem Gehweg fahren. Das führe zu gefährlichen Situationen, wenn Anlieger mit Fahrzeugen aus ihren Grundstücken herausfahren. An der Midlicher Straße sei im Bereich der Kläranlage in Fahrtrichtung Osterwick kein Radweg-Schild mehr aufgestellt. Laut Erklärung von Frau Roters sei das Absicht wegen des schlechten Radwegzustandes. Damit seien Radfahrer nicht verpflichtet, den Radweg zu benutzen. In umgekehrter Richtung sei aber in Höhe der Firma Lulf noch ein Schild aufgestellt, das Radfahrer zur Benutzung des sehr schlechten Radweges verpflichte.

Letztlich fragt er, ob nicht doch eine Sanierung oder Ausbesserung des Radweges möglich sei.

Bürgermeister Niehues sagt eine Überprüfung der Radwegbeschilderung zu. Er erklärt, dass man in den Haushaltsberatungen über eine mögliche Sanierung des Radweges sprechen könne.

Herr Wübbelt gibt zu bedenken, dass eine Sanierung des Radweges mit hohen Kosten verbunden sei, da ca. 20 cm der Deckschicht abgefräst und danach erneuert werden müssten.

2.4 Ausführung von geplanten Bauvorhaben im Ortsteil Osterwick - Herr Kreuzfeldt

Ausschussmitglied Kreuzfeldt fragt, wann der Bau des neuen Ärztehauses auf dem Gelände des ehemaligen Hotels zur Post beginne.

Bürgermeister Niehues teilt mit, dass die Baugenehmigung hierfür vorliege und mit dem Bau voraussichtlich im Oktober dieses Jahres begonnen werde.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt fragt weiter, warum auf der anderen Baustelle an der Ecke Hauptstraße/Brink bisher nur ein Gebäude fertiggestellt werde, anstatt der geplanten zwei.

Bürgermeister Niehues erklärt, dass dies mit Altlasten aus der ehemaligen Tankstelle zu tun habe. In der Erde sei noch ein Tank gefunden worden, für dessen Entfernung der Gehweg und die Straße teilweise gesperrt werden müssen. Damit habe man aber nicht beginnen wollen, solange noch die Baustelle auf der gegenüberliegenden Seite bestanden habe. In absehbarer Zeit werde aber auch der zweite Gebäudeteil errichtet.

2.5 Weitere Nutzung der Blitzanlage an der Kreuzung L 555/Baumberger Straße im Ortsteil Osterwick - Herr Espelkott

Ausschussmitglied weist auf die geplante Ampelanlage an der Kreuzung der L 555/Baumberger Straße im Ortsteil Osterwick hin. Die dort platzierte Blitzanlage zur Geschwindigkeitsmessung werde doch nach Fertigstellung der Ampelanlage nicht mehr benötigt. Er bittet darum, dem Kreis Coesfeld zu empfehlen, diese Anlage im Ortsteil Darfeld an der Kreuzung der L 555/K 36 aufzustellen. Hier werde häufig deutlich zu schnell gefahren und es habe dort erst vor kurzem einen tödlichen Unfall gegeben.

Bürgermeister Niehues antwortet, dass ihm dieses Ansinnen auch schon von anderen Bürgern zugetragen worden sei. Er habe daher mit Herrn Tübing vom Kreis Coesfeld gesprochen. Dieser habe ihm erklärt, dass die Blitzanlage zunächst noch an ihrem bisherigen Standort stehen bleiben und in der Umstellungsphase weiter genutzt werden solle.

Grundsätzlich entscheide über einen neuen Standort einer Blitzanlage die Unfallkommission, die auch den Standort Darfeld prüfen werde. Vorrangig würden Blitzanlagen an Unfallhäufungsschwerpunkten errichtet.

2.6 Wiederherstellung des Spielplatzes "Wördken" im Ortsteil Holtwick - Herr Espelkott

Ausschussmitglied Espelkott teilt mit, dass der Spielplatz „Wördken“ im Ortsteil Holtwick nach der Errichtung der POP-Station für die Glasfaserverkabelung noch nicht wieder hergerichtet wurde und fragt, wann das geschehen solle.

Herr Wübbelt erklärt, dass die Firma Grethen erst jetzt die Erdarbeiten beendet habe und der Bereich geplant worden sei. Der Bauhof werde in nächster Zeit gemeinsam mit den Nachbarn die Spielgeräte aufbauen.

2.7 Pläne für das Grundstück der ehemaligen Gaststätte "Böckelmann" im Ortsteil Holtwick - Herr Espelkott

Ausschussmitglied Espelkott fragt, ob es für das Grundstück der ehemaligen Gaststätte „Böckelmann“ im Ortsteil Holtwick Bebauungspläne gebe.

Bürgermeister Niehues teilt mit, dass es dort kein neues Gebäude geben werde. Herr Vörding plane dort die Anlage von Parkplätzen und die Erweiterung der Toilettenanlage für die Gaststätte.

2.8 Sachstand des Wirtschaftswegekzeptes - Herr Espelkott

Ausschussmitglied Espelkott fragt nach dem Sachstand zum Wirtschaftswegekzept. Eigentlich sei doch für diese Sitzung schon ein Ergebnis angekündigt gewesen.

Fachbereichsleiterin Roters sagt eine Beantwortung unter dem TOP „Mitteilungen“ zu.

2.9 Geplante Gasleitung von Gronau ins Ruhrgebiet- Herr Eilmann

Ausschussmitglied Eilmann verweist auf die geplante Verlegung einer neuen Gasleitung von Gronau bis ins Ruhrgebiet und fragt inwieweit die Gemeinde Rosendahl dabei eingebunden sei.

Fachbereichsleiterin Roters sagt auch hierzu eine Beantwortung unter dem TOP „Mitteilungen“ zu.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Fachbereichsleiterin Roters berichtet über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses am 2. Juli 2014.

Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

4 **Genehmigung der öffentlichen Niederschrift gemäß § 24 Abs. 5 GeschO**

Ausschussvorsitzender Lembeck fragt, ob es Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses PLBUA/IX/01 am 2. Juli 2014 gibt.

Da dies nicht der Fall ist, fasst der Ausschuss folgenden **Beschluss**:

Die öffentliche Niederschrift über die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses PLBUA/IX/01 am 02. Juli 2014 wird hiermit genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5 **Ausbauplanung für einen Teilbereich der "Schleestraße" im Ortsteil Holtwick Vorlage: IX/059**

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf die Sitzungsvorlage IX/059.

Produktverantwortlicher Wübbelt erläutert anhand des der Sitzungsvorlage beige-fügten Planes den geplanten Ausbau der Schleestraße. Mit den Anliegern abgestimmt seien ein einseitiger Gehwegausbau auf der Nordseite der Straße sowie das Anlegen von kleinen Beeten und gepflasterten Stellplätzen zur Verkehrsberuhigung. Dabei konnten jedoch nicht die Wünsche aller Anlieger bezüglich der Anzahl der Stellplätze und an welchen Stellen diese angelegt werden, berücksichtigt werden. Dieses sei u.a. der Funktion der Schleestraße als HAUPTerschließungsstraße auch für landwirtschaftlichen Verkehr und LKW-Verkehr geschuldet.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt erklärt, dass in den Ausführungen von Herrn Wübbelt deutlich geworden sei, dass die anzulegenden Parkplätze eine lenkende und verkehrsberuhigende Funktion haben sollen und nicht als Geschenke für die Anwohner zu sehen seien. Die SPD-Fraktion werde daher dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Fraktionsvorsitzender Weber erklärt, dass er sich ausführlichere Daten einschließlich der Maße für die Planunterlagen gewünscht hätte und regt an, diese Daten evtl. nachzureichen. Er gebe dem Bürgermeister Recht, dass weitere Anliegerbefragungen bzw. Anliegerversammlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten und somit die Entscheidung durch den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss der Gemeinde Rosendahl getroffen werden müsse.

Produktverantwortlicher Wübbelt beantwortet im Folgenden Fragen des Fraktionsvorsitzenden Weber bezüglich des Anschlusses und der Zuwegung der Flurstücke 3, 18 und 14 beim Ausbau der Schleestraße.

Auf die Frage des Ausschussvorsitzenden Lembeck, wer die Pflege der Grünbeete übernehmen werde, erklärt Produktverantwortlicher Wübbelt, dass in den Beeten Rasen eingesät werde, der vom Bauhof gepflegt werde.

Bürgermeister Niehues ergänzt, dass sich möglicherweise einige Anwohner finden lassen, die die Rasenpflege mitübernehmen.

Der Ausschuss fasst sodann folgenden **Beschluss**:

Der der Sitzungsvorlage IX/059 als Anlage beigefügten Ausbauplanung für einen Teilbereich „Schleestraße“ im Ortsteil Holtwick wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6 Antrag der Anlieger der Straße "In de Kämp" im Ortsteil Holtwick auf Verkehrsberuhigung vom 04. Juni 2014
Vorlage: IX/080**

Ausschussvorsitzender Lembeck erklärt sich zu diesem Tagesordnungspunkt für befähigt und nimmt im Zuschauerraum Platz nachdem er die Sitzungsleitung an den 1. stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Hemker übergeben hat.

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Hemker verweist auf die Sitzungsvorlage IX/080 und die zuvor durchgeführte Ortsbesichtigung bei der schon verschiedene Meinungen zu diesem Thema geäußert worden seien.

Fraktionsvorsitzender Weber bittet darum, den allerersten Bebauungsplan zu zeigen, da ja einer der Anlieger erklärt habe, dass er sich zum Grundstückskauf nur entschlossen habe, weil der Bebauungsplan dieses Straßenstück als Sackgasse ausgewiesen habe.

Produktverantwortliche Brodkorb zeigt auf die Bitte des Fraktionsvorsitzenden Weber den ersten Bebauungsplan, auf dem allerdings das fragliche Teilstück der Straße „In de Kämp“ nicht, wie von einem Anlieger behauptet, als Sackgasse ausgewiesen ist.

Fraktionsvorsitzender Weber teilt mit, dass er den während des Ortstermins von Herrn Wübbelt gemachten Vorschlag, die Poller während des weiteren Ausbaus des Baugebietes zu versetzen und damit den Baustellenverkehr durch die Straße „In de Kämp“ zu verhindern, sehr gut finde. Wenn man die Poller dauerhaft an der jetzigen Stelle belasse, wecke man Begehrlichkeiten bei anderen Anliegern an anderer Stelle im Baugebiet und schaffe sich so weitere Baustellen. Er plädiere daher dafür, nach dem Endausbau des Baugebietes die Poller zu entfernen.

Ausschussmitglied Espelkott erklärt, dass die WIR-Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt noch gar keinen Zwang zum Handeln sehe. Während der Bauphase könne man die Poller stehen lassen und später eine Entscheidung fällen. Sollte allerdings heute über den Antrag der Anlieger entschieden werden, werde die WIR-Fraktion diesen ablehnen.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt teilt mit, dass die SPD-Fraktion es für sinnvoll halte, nach dem Endausbau des Baugebietes über eine Einbahnstraßenregelung nachzudenken, um den als problematisch eingeschätzten Begegnungsverkehr in den engen Straßen zu vermeiden. Dies solle mit allen Anliegern diskutiert werden. Grundsätzlich sei auch die SPD-Fraktion der Ansicht, dass die Poller während der Bauphase stehen bleiben sollen, auf keinen Fall aber auf Dauer dort bleiben sollen.

Auf Nachfrage des Fraktionsvorsitzenden Weber erklärt Produktverantwortlicher Wübbelt, dass man die Poller während der Bauphase etwa 50 m weiter östlich bis ans Ende des Flurstückes 218 versetzen könne.

Ausschussmitglied Deitert macht darauf aufmerksam, dass im ersten Bebauungsplan die Verlängerung der Straße „In de Kämp“ nicht eingeplant war. Dies sei offen-

- 7 **Aufstellung des Bebauungsplanes "Legdener Straße/Prozessionsweg" im Ortsteil Holtwick im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB)**
hier: Beschluss zur erneuten öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 4a Abs. 3 BauGB
Vorlage: IX/049

Ausschussvorsitzender Lembeck übernimmt wieder die Sitzungsleitung und verweist auf die Sitzungsvorlage IX/049.

Ausschussmitglied Espelkott fragt, ob das erstellte Schallschutzgutachten Einfluss auf die bestehende Bebauung habe.

Bürgermeister Niehues antwortet, dass die bestehende Bebauung Bestandsschutz genieße. Das Gutachten betreffe nur eine evtl. Wohnhauserweiterung und eine neue Bebauung in diesem Bereich.

Fraktionsvorsitzender Weber weist darauf hin, dass seiner Meinung nach die Kosten für das hier notwendige Gutachten auf alle möglichen Nutznießer umgelegt werden müssten. Es könne nicht richtig sein, hier nur einen Antragsteller zur Zahlung heranzuziehen. Daher habe er auch einen entsprechenden Antrag an den Rat der Gemeinde Rosendahl gestellt.

Nach der Beantwortung einiger Verständnisfragen zur Durchführung und der Konsequenzen des Gutachtens fasst der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Den der Sitzungsvorlage Nr. IX/049 als Anlagen I bis III beigefügten Beschlussvorschlägen wird zugestimmt.

Gemäß § 13a in Verbindung mit § 13 Abs. 2 und 3, § 3 Abs. 2 und § 4a Abs. 3 BauGB wird die **erneute** öffentliche Auslegung der geänderten Planunterlagen zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Legdener Straße/Prozessionsweg“ im Ortsteil Holtwick beschlossen. Hierbei wird gemäß § 4a Abs. 3 Satz 2 BauGB bestimmt, dass Stellungnahmen nur zu den geänderten und ergänzten Teilen abgegeben werden können.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 8 **9. Änderung des Bebauungsplanes "Gartenstiege" im Ortsteil Holtwick im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB)**
hier: Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
Vorlage: IX/061

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf die Sitzungsvorlage IX/061.

Der Ausschuss folgt dem Verwaltungsvorschlag und fasst folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Den der Sitzungsvorlage Nr. IX/061 zu den Anlagen I und II beigefügten Beschlussvorschlägen wird zugestimmt.

Die 9. Änderung des Bebauungsplanes „Gartenstiege“ im Ortsteil Holtwick wird gemäß § 1 Abs. 8 und § 2 Abs. 1 in Verbindung mit den §§ 10, 13 und 13a BauGB und den §§ 7 und 41 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW), jeweils in der zurzeit geltenden Fassung, entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. IX/061 beigefügten Entwurf als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9 38. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Gartenstiege" im Ortsteil Holtwick
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: IX/071

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf die Sitzungsvorlage IX/071.

Der Ausschuss folgt dem Verwaltungsvorschlag und fasst folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Das Verfahren zur 38. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes „Gartenstiege“ im Ortsteil Holtwick wird gemäß § 13 des Baugesetzbuches (BauGB) entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. IX/071 beigefügten Entwurf, bestehend aus Satzungstext, Begründung und Planzeichnungen, durchgeführt.

Dieser Beschluss ist gemäß § 2 Absatz 1 Satz 2 BauGB in Verbindung mit § 13 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10 9. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Nord-West" im Ortsteil Darfeld
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: IX/076

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf die Sitzungsvorlage IX/076.

Ausschussmitglied Espelkott weist darauf hin, dass es sich hier um ein sehr junges Baugebiet handelt, bei dem es inzwischen um die 9. Änderung des Bebauungsplanes gehe. In Zukunft möge man doch bitte verstärkt darauf achten, möglichst wenig Vorgaben bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes zu machen, um später nicht dauernd über Änderungsanträge beschließen zu müssen.

Bürgermeister Niehues gibt Herrn Espelkott grundsätzlich Recht, betont aber, dass dessen Forderung bei neu aufgestellten Bebauungsplänen schon umgesetzt werde und es nur noch wenige Festsetzungen gebe.

Nach der Beantwortung weiterer Verständnisfragen fasst der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Das Verfahren zur 9. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes „Nord-West“ im Ortsteil Darfeld wird gemäß § 13 des Baugesetzbuches (BauGB) entsprechend

dem der Sitzungsvorlage Nr. IX/076 beigefügten Entwurf, bestehend aus Satzungstext, Begründung und Planzeichnungen, durchgeführt.

Dieser Beschluss ist gemäß § 2 Absatz 1 Satz 2 BauGB in Verbindung mit § 13 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 11 **2. Änderung der 3. Erweiterung des Bebauungsplanes "Eichenkamp" im Ortsteil Osterwick im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB)**
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 BauGB sowie Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
Vorlage: IX/069

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf die Sitzungsvorlage IX/069.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt erklärt, dass die SPD-Fraktion aufgrund der entstehenden Arbeitsplätze dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Er halte es jedoch für bedauerlich, dass durch die Möglichkeit der Ablösung der Biotopwertpunkte beim Kreis Coesfeld die ursprünglich vorgesehenen Grünflächen aus den Gewerbegebieten verschwinden.

Bürgermeister Niehues entgegnet, dass er Grünflächen in Gewerbegebieten als verlorenen Platz betrachte. Die Gemeinde Rosendahl sei doch eine Flächengemeinde, die an anderer Stelle über ausreichend Grünflächen verfüge.

Fraktionsvorsitzender Weber widerspricht dieser Einstellung vehement. Seiner Ansicht nach müsse Ökologie auch in Industrie bzw. Gewerbegebieten beachtet und gepflegt werden.

Produktverantwortliche Brodkorb erklärt, dass es sich hier prozentual nur um kleine Änderungen bzw. Ablösungen beim Kreis Coesfeld handele. Sämtliche vorgesehenen Begrünungen bei Wohnbauflächen seien im Ort geblieben. Das werde auch entsprechend kontrolliert.

Bürgermeister Niehues ergänzt, dass er in ständigem Kontakt mit der Unteren Landschaftsbehörde des Kreises Coesfeld stehe. Diese habe deutlich gemacht, dass für die Natur große Flächen entscheidend seien wie z.B. die gemeindliche Ausgleichsfläche „Hungerbach“ an der Grenze zur Stadt Billerbeck.

Dem stimmt auch der Fraktionsvorsitzende Weber zu und regt an, den Kreis Coesfeld aufzufordern, Ausgleichsflächen auf dem Gebiet der Gemeinde Rosendahl anzulegen.

Bürgermeister Niehues sagt eine Weiterleitung zu.

Der Ausschuss fasst sodann folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Das Verfahren zur 2. Änderung der 3. Erweiterung des Bebauungsplanes „Eichenkamp“ im Ortsteil Osterwick wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB für das Gebiet,

das der der Sitzungsvorlage Nr. IX/069 beigefügten Planzeichnung zu entnehmen ist, beschlossen. Dieser Plan ist Bestandteil des Beschlusses.

Gemäß § 13a in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 und § 3 Abs. 2 BauGB wird die öffentliche Auslegung der Planunterlagen beschlossen. Zur Beschleunigung des Verfahrens wird von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 BauGB abgesehen.

Dieser Beschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB in Verbindung mit § 13a Abs. 3 Nr. 1 und 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12 Mitteilungen

12.1 Aktueller Sachstand zum Wirtschaftswegekonzept - Fachbereichsleiterin Roters

Fachbereichsleiterin Roters teilt mit, dass die Pläne für das Wirtschaftswegekonzept für die Ortsteile Holtwick und Osterwick fertiggestellt seien. Die Pläne für den Ortsteil Darfeld würden in der kommenden Woche erwartet. Ein hausinterner Abgleich müsse dann noch erfolgen.

Alle Pläne seien mit den Landwirtschaftlichen Ortsverbänden (LOV) abgeglichen. Für den 21. Oktober 2014 werde zu einer Informationsveranstaltung im Rathaus eingeladen. Die Einladung werde am kommenden Tag an die LOV, die Ortslandwirte, alle Ratsmitglieder und die Presse versendet. Als Referenten seien der ehemalige Bürgermeister der Gemeinde Metelen, Herr Brüning und Herr Hessel von der Landwirtschaftskammer eingeladen.

Nach dieser Veranstaltung solle in relativ kurzer Zeit festgestellt werden, ob die LOV zur Gründung eines Wirtschaftswegeverbandes bereit seien.

Unabhängig vom Fortgang der Verhandlungen solle im November 2014 auf jeden Fall eine neue Beitragssatzung in 2 möglichen Varianten beraten werden.

Die erste Variante solle die Einbeziehung der Wirtschaftswege enthalten, falls seitens der LOV kein Interesse an der Gründung eines Wirtschaftswegeverbandes bestehe.

Für den Fall, dass seitens der LOV ein positives Signal in Bezug auf die Gründung eines Wirtschaftswegeverbandes solle die zweite Variante ohne die Einbeziehung der Wirtschaftswege gestaltet werden.

Die Möglichkeit einer nachträglichen Änderungssatzung müsse aber für die zweite Variante auf jeden Fall offen bleiben, falls die Verhandlungen zur Gründung des Wirtschaftswegeverbandes später wider Erwarten scheitern.

12.2 Neubau einer Ferngasleitung von Gronau-Epe nach Werne - Frau Brodkorb

Produktverantwortliche Brodkorb erläutert anhand der Internetseite der Bezirksregierung Münster den von der Erdgastransportgesellschaft Open Grid Europe GmbH (OGE) geplanten Neubau einer ca. 70 km Ferngasleitung von Gronau-Epe nach Werne. Für die Trassenführung gebe es aktuell noch mehrere Varianten, die aus den Plänen auf der Internetseite zu entnehmen seien.

Die Pläne würden noch dahingehend überprüft, ob möglicherweise geplante Konzentrationszonen für die Windenergie in der Gemeinde Rosendahl betroffen seien. Die verschiedenen Arbeitsschritte zur Umsetzung des Vorhabens würden einige Zeit

in Anspruch nehmen, so dass mit dem eigentlichen Bau der Gasleitung voraussichtlich im Jahr 2018 begonnen werden könne. Danach werde eine Stellungnahme bei der Bezirksregierung dazu abgegeben.

Bürgermeister Niehues ergänzt, dass die Planungsgesellschaft „Bergkamp“ sich aufgrund der Planung schon bei der Bezirksregierung Münster gemeldet habe, da sie befürchte, dass ihre Windeignungszone betroffen sein könne. Seitens der Gemeinde Rosendahl würden aber in einer Stellungnahme keine Einwände erhoben.

Hinweis:
unter

Informationen zur geplanten Ferngasleitung sind im Internet

www.bezreg-muenster.de

- Regionalplanung
- Raumordnungsverfahren
- Link: Raumordnungsverfahren für den Neubau einer Ferngasleitung von Gronau-Epe nach Werne

zu finden oder direkt unter

http://www.bezreg-muenster.de/startseite/Dez_32_Regionalplan-2012/Raumordnungsverfahren/Gasleitung_OGE_Gronau-Epe/index.html

12.3 Abstimmungsgespräch mit der Bezirksregierung bzgl. der 45. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Ausweisung von Konzentrationszonen für die Windenergie - Bürgermeister Niehues

Bürgermeister Niehues teilt mit, dass am 2. September 2014 das Abstimmungsgespräch mit der Bezirksregierung Münster bezüglich der 45. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Ausweisung von Konzentrationszonen für die Windenergie stattgefunden habe.

Die Bezirksregierung habe die Planunterlagen intensiv geprüft und an einigen Stellen Klarstellungsbedarf gesehen, so dass der Plan in einigen Punkten nachgearbeitet werden müsse.

Zum einen müsse geprüft werden, ob in den schon bestehenden Windparks die Vorgabe, dass sich die Flügel der Windenergieanlagen innerhalb der ausgewiesenen Zone befinden müssen, eingehalten werde. Zum anderen sei festgestellt worden, dass aufgrund der Rechtswidrigkeit des alten Flächennutzungsplanes die schon bestehenden Windeignungszonen „COE 01“ und „COE 20“ wie neu ausgewiesene Zonen behandelt werden müssten. Das bedeute, dass für diese Zonen auch eine Artenschutzprüfung vorgelegt werden müsse, die es bisher noch nicht gebe. Es handele sich dabei um die Artenschutzprüfung I, die nach einer Bestandsaufnahme innerhalb von 2 Wochen erstellt werden könne. Diese Prüfung koste ca. 2.800 €. Wenn bei dieser Prüfung keine gravierenden Arten bzw. notwendige Schutzmaßnahmen festgestellt würden, sei diese Hürde geschafft. Im anderen Falle müsse die Artenschutzprüfung II nachgeholt werden, die zu einem Zeitverlust von einem Jahr führen würde, was er aber nicht hoffe.

Er gehe davon aus, dass im November der Flächennutzungsplan mit der geänderten Begründung vorgelegt und der Offenlegungsbeschluss gefasst werden könne.

12.4 Geänderte Sitzungstermine im November - Bürgermeister Niehues

Bürgermeister Niehues teilt mit, dass der Sitzungstermin für die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 20. November auf den **19. November 2014** vorgezogen werden müsse, weil Herr Ahn nur an diesem Tag an der Sitzung teilnehmen könne.

Zudem werde **bei Bedarf** eine weitere Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am **13. November 2014** eingeschoben.

Er bittet darum, diese Termine freizuhalten und vorzumerken.

12.5 Stellungnahme der Gemeinde Rosendahl zum Regionalplan Münsterland/sachlicher Teilabschnitt Energie - Bürgermeister Niehues

Bürgermeister Niehues teilt mit, dass die Gemeinde Rosendahl eine Stellungnahme zum Regionalplan Münsterland/sachlicher Teilabschnitt Energie bis zum 19. Dezember 2014 abgeben könne. Er könne aber noch nicht sagen, ob alle im Regionalplan ausgewiesenen Windvorrangzonen einschließlich der bestehenden Windparks COE 01 und COE 20 bestehen bleiben können. Das hänge von dem Ergebnis der zuvor erwähnten notwendigen Artenschutzprüfungen ab. Deshalb könne eine Stellungnahme zum Regionalplan frühestens in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschuss am 19.11.2014 beraten werden. Der Planentwurf des Regionalplanes Münsterland/sachlicher Teilabschnitt Energie könne aber schon vorab auf der Internetseite der Bezirksregierung Münster eingesehen werden.

12.6 Lage der Ausgleichsflächen des Kreises Coesfeld - Fachbereichsleiterin Roters

Fachbereichsleiterin Roters verweist auf eine Anfrage des Fraktionsvorsitzenden Weber in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 2. Juli 2014 unter TOP 11 der öffentlichen Sitzung. Herr Weber habe sich erkundigt, wo die Ausgleichsflächen des Kreises Coesfeld lägen und ob es möglich sei, eine Übersicht darüber zu bekommen.

Sie habe hierzu eine Anfrage an die Wirtschaftsbetriebe des Kreises Coesfeld (WBC) geschickt und eine Übersicht bekommen, die aber wenig aussagekräftig sei, da unterschiedlichste Ausgleichsformen möglich seien. Sie plane daher, in eine der nächsten Sitzungen Herrn Bölte von den WBC einzuladen, der die Ausgleichsmöglichkeiten erläutern und Fragen dazu beantworten könne.

12.7 Sachstand zum Endausbau von Straßen in den Baugebieten "Nord-West" im Ortsteil Darfeld und "Haus Holtwick" im Ortsteil Holtwick - Fachbereichsleiterin Roters

Fachbereichsleiterin Roters teilt mit, dass die mit dem Endausbau von Straßen in den Baugebieten „Nord-West“ (Burloer Weg und Straße von Parné) im Ortsteil Dar-

feld und „Haus Holtwick“ (Heinrich-Backensfeld-Straße und Kreuzkamp) im Ortsteil Holtwick beauftragte Firma „Teders“ insolvent geworden sei. Der Auftrag sei daher an den zweitplatzierten Bieter, die Firma „Räkers“ erteilt worden. Dadurch entstünden Mehrkosten in Höhe von 1.200 €.

Mit dem Ausbau im Ortsteil Darfeld sei wegen eines Krankheitsfalls in der Firma Räkers am heutigen Tag um einige Tage verspätet begonnen worden. Der Ausbau im Ortsteil Holtwick werde anschließend, voraussichtlich ab Mitte Oktober durchgeführt.

12.8 Antrag von Anliegern der Heinrich-Backensfeld-Straße im Ortsteil Holtwick auf Anlegung 4 weiterer Parkplätze - Fachbereichsleiterin Roters

Fachbereichsleiterin Roters teilt mit, dass von Anliegern der Heinrich-Backensfeld-Straße 22 bis 28 der Antrag eingegangen sei, dort 4 weitere Parkplätze einzurichten.

Im Rahmen der ohnehin geplanten Ausbaumaßnahme könnten diese Parkplätze kostengünstig und schnell angelegt werden. Die entstehenden Mehrkosten in Höhe von rd. 4.400 € brutto seien aufgrund des günstigen Ausschreibungsergebnisses im Rahmen der für die Ausbaumaßnahme bereitgestellten Haushaltsmittel abgedeckt.

12.9 Anliegerversammlung "Alter Schoppenbusch" bzgl. des Antrages von Frau Wigger auf Verkehrsberuhigung - Fachbereichsleiterin Roters

Fachbereichsleiterin Roters teilt mit, dass aufgrund der Anregung von Frau Wigger und weiterer gleichlautender Unterstützungsschreiben von anderen Anliegern für eine Verkehrsberuhigung im Bereich „Alter Schoppenbusch“ inzwischen eine Verkehrszählung stattgefunden habe. Die Messung habe zwischen dem 11. und 18. August 2014 stattgefunden.

Die Messergebnisse seien Frau Wigger mitgeteilt worden. Eine Anliegerversammlung, zu der auch die Fraktionsvorsitzenden eingeladen seien, sei für den 29. September 2014 um 18 Uhr geplant. Dabei solle den Anliegern das Ergebnis der Untersuchung mitgeteilt und erläutert werden.

Eine weitere Berichterstattung werde in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses erfolgen.

12.10 Kosten für Löschwasserbehälter in neuen Baugebieten - Fachbereichsleiterin Roters

Fachbereichsleiterin Roters verweist auf eine Anfrage des Fraktionsvorsitzenden Steindorf in der Ausschusssitzung am 2. Juli 2014. Herr Steindorf habe sich erkundigt, ob man in Neubaugebieten zur Absicherung der Löschwasserversorgung alternativ auch Löschwasserbehälter (Zisternen) installieren könne.

Sie habe daher eine unverbindliche Preisauskunft eingeholt. Danach würde ein Standardbehälter mit einem Fassungsvermögen von 500 cbm ca. 100.000 € kosten. Ein maßgefertigter Behälter könne aber auch schnell bis zu 200.000 € kosten.

13 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (2. Teil)

13.1 Verspätete Einladung der Anlieger der Schleestraße zur Ausschusssitzung - Herr Niehüser

Herr Niehüser moniert, dass die per Post versandte Einladung zu dieser Ausschusssitzung für die Anlieger der Schleestraße erst deutlich nach der im Internet bekanntgegebenen Einladung eingegangen sei und regt an, zukünftig auf eine zeitgleiche Information zu achten.

Fachbereichsleiterin Roters erklärt, dass aus Zeitgründen keine schnellere Versendung der Einladung möglich gewesen sei. Sie werde die Anregung aber aufnehmen und prüfen.

Guido Lembeck
Ausschussvorsitzender

Sabine Wisner-Herrmann
Schriftführerin